

---

## Dokumentation\*

---

### Die Wahlprüfsteine des DGB und die Antworten der Parteien

#### Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Bundestagswahl am 6. März 1983

(beschlossen vom DGB-Bundesvorstand am 12. Januar 1983)

Die Arbeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Gewerkschaften ist auf die Sicherung und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer gerichtet. Unabhängig von der parteipolitischen Meinung des einzelnen Gewerkschaftsmitglieds findet in der Einheitsgewerkschaft eine eigenständige Willensbildung statt, die die gemeinsamen Interessen aller Arbeitnehmer zum Ausdruck bringt.

Schrittweise Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft werden von den Gewerkschaften auf unterschiedlichen Wegen verfolgt: Einen Schwerpunkt gewerkschaftlichen Handelns bildet die direkte Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern und ihren Verbänden. Hier setzen die Gewerkschaften ihre unmittelbaren Handlungs- und Durchsetzungsmöglichkeiten ein. Ein anderer Schwerpunkt gewerkschaftlichen Handelns liegt im politischen Bereich. Hier verfügen die im Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Gewerkschaften lediglich über mittelbare Durchsetzungsmöglichkeiten. Mit ihren Forderungen und Vorschlägen an politische Parteien, Parlamente und Regierungen bringen sie die Arbeitnehmerinteressen in den staatlichen Willensbildungsprozeß ein.

Die Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Bundestagswahl 1983 sollen den Arbeitnehmern helfen, ihre Wahlentscheidung vorzubereiten.

Die Bundestagswahl 1983 steht ganz im Zeichen der schwersten Weltwirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik. Die Arbeitslosigkeit hat ein bisher unvorstellbares Ausmaß erreicht. Sie bedroht nicht nur die Existenzgrundlage der Betroffenen; sie schürt ausländerfeindliche Tendenzen und gefährdet so das Ziel der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien; sie stellt auch die gesamte wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung in Frage und nährt Zweifel am demokratischen und sozialen Rechtsstaat. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muß deshalb das oberste innenpolitische Ziel aller politisch Verantwortlichen in unserem Staat sein.

Die anstehenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme können ohne die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer nicht bewältigt werden. Deshalb wird die Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft für die Gewerkschaften in den kommenden Jahren einen hohen Stellenwert besitzen.

Die wachsende Arbeitslosigkeit führt zu Steuerausfällen und zu Mehrausgaben bei den sozialen Aufgaben des Staates. Soziale Sicherheit ist unverzichtbarer Bestandteil des demokratischen und sozialen Rechtsstaats. Deshalb darf es auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten keinen Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung geben. Die Lasten der Wirtschaftskrise müssen sozial gerecht verteilt werden.

---

\* Aus Platzgründen wurden die Stellungnahmen von CDU und SPD leicht, die Stellungnahme der F.D.P. stark gekürzt. D. Red.

Ohne Frieden ist alles andere nichts. Deshalb muß die Sicherung des Friedens und die Fortführung der Entspannungspolitik das vorrangige Ziel der internationalen Politik sein.

Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, Demokratisierung der Wirtschaft, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, Frieden und Entspannung - diese vier Wahlprüfsteine sind die zentralen Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, deren Erfüllung heute von hervorragender Bedeutung für den Schutz elementarer Arbeitnehmerinteressen und für die soziale Fortentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft ist.

Die politischen Parteien sind aufgefordert, zu diesen Forderungen der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften Stellung zu beziehen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund erwartet, daß alle Arbeitnehmer von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Er ruft alle Mitglieder der Gewerkschaften auf, die politischen Parteien und ihre Kandidaten an den Wahlprüfsteinen zur Bundestagswahl 1983 zu messen.

#### Prüfstein 1: Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Massenarbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise sind zu einer Bedrohung unserer gesamten gesellschaftlichen Ordnung geworden. Daher müssen die Anstrengungen nachhaltig verstärkt werden, die Vollbeschäftigung wiederherzustellen und dauerhaft zu sichern.

In- und ausländische Erfahrungen zeigen: Konservative Rezepte können die Vollbeschäftigung nicht wiederherstellen. Im Gegenteil: Überzogene Sparbeschlüsse bei den öffentlichen Haushalten, Einschnitte in das soziale Netz, Steuerentlastungen für Unternehmen und Bezieher hoher Einkommen sowie Lohnpausen sind unsozial und verschärfen die Wirtschafts- und Finanzkrise.

Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen vernichtet Arbeitsplätze und beeinträchtigt die Lebensqualität aller Bürger.

Notwendig sind vielmehr gezielte staatliche Maßnahmen zur Beschleunigung des qualitativen Wachstums, eine gezielte Arbeitsmarktpolitik, eine soziale Beherrschung des technischen Wandels und Arbeitszeitverkürzungen.

#### *Der DGB fordert zur Beschleunigung des qualitativen Wachstums:*

- Die Investitionsausgaben in Bund, Ländern und Gemeinden müssen steigen, damit die beängstigende konjunkturelle Tal-fahrt nicht verstärkt wird.
- Darüber hinaus ist ein zusätzliches mittelfristiges Programm für Zukunftsinvestitionen in einem Umfang von jährlich mindestens 10 Milliarden DM notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu erhalten und die Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern.

Beispiele für verstärkte öffentliche Investitionen in gesellschaftlich wichtigen Bereichen sind:

- Energieeinsparung, Sicherung vorhandener und Erschließung neuer Energiequellen,
- sozialer Wohnungsbau, sozial orientierte Wohnungsmodernisierung, Verbesserung der Wohnumwelt und Stadtentwicklung, Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs,
- Luftreinhaltung, Sanierung von Flüssen und Seen und Abfallbeseitigung. Umweltschutz schafft Arbeitsplätze.
- Beschäftigungswirksame Förder- und Strukturmaßnahmen in strukturschwachen Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit.

#### *Der DGB fordert eine aktive und vorausschauende Arbeitsmarktpolitik:*

Die Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Förderung der beruf-

lichen Qualifikation der Arbeitnehmer einschließlich der Rehabilitation müssen wesentlich ausgeweitet werden.

Besondere Anstrengungen sind bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit erforderlich. Dazu muß insbesondere das Angebot an qualifizierten Ausbildungsplätzen erhöht werden. Die Unternehmen sind zu verpflichten, auszubilden oder eine Ausbildungsabgabe zu entrichten. Die öffentliche Hand muß sich stärker an der Finanzierung außerbetrieblicher Ausbildungsstätten beteiligen.

Es muß ein quantitativ und qualitativ ausreichendes Angebot an beruflicher Fortbildung und Umschulung gewährleistet werden.

Die Eingliederungsmaßnahmen für Frauen in das Erwerbsleben sind zu verbessern.

Notwendig ist auch, daß die Einschränkungen beim Arbeitslosengeld durch Verringerung der Bemessungsgrundlage, die Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen zum Bezug von Arbeitslosengeld und die Verringerung der Unterstützung während beruflicher Rehabilitation rückgängig gemacht werden.

*Der DGB fordert zur sozialen Beherrschung des technischen Wandels:*

- Die Forschungs- und Technologiepolitik darf nicht allein auf Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsposition der Wirtschaft und zur Erleichterung oder Beschleunigung des strukturellen Wandels ausgerichtet werden. Sie muß gleichzeitig die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer zum Ziel haben. Das Forschungsprogramm zur Humanisierung der Arbeit muß ausgebaut werden.
- Die Entwicklung und Einführung neuer Kommunikationstechniken muß sozial kontrolliert werden. Die Kommerzialisierung elektronischer Medien muß verhindert werden.

- Bei der Einführung neuer Technologien sind die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften rechtzeitig zu beteiligen.

*Der DGB fordert zur Reform des Arbeitsrechts und zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit:*

- Die Arbeitszeitordnung aus dem Jahr 1938 ist unverzüglich durch ein Arbeitszeitgesetz zu ersetzen, das den geltenden Tarifverträgen über die wöchentliche Arbeitszeit Rechnung trägt. Die Zulässigkeit von Mehrarbeit ist auf Ausnahmefälle zu beschränken.
- Die Lebensarbeitszeit muß durch die Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze auf 60 Jahre ohne versicherungsmathematische Rentenabschläge verkürzt werden. Darüber hinaus ist ein früheres Ausscheiden aus dem Arbeitsleben durch tarifvertragliche Regelungen mit Hilfe entsprechender gesetzlicher Maßnahmen zu ermöglichen.

*Der DGB fordert zur Vermögensbildung:*

Gesetzliche Maßnahmen zur Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer dürfen nicht im Widerspruch zu dem Ziel stehen, die Vollbeschäftigung wiederherzustellen. Sie dürfen deshalb die Durchsetzung der Arbeitszeitverkürzung nicht behindern und nicht zu einer zusätzlichen Belastung der öffentlichen Haushalte durch steuerliche Begünstigungen führen.

Sie müssen sich auf die Arbeitnehmer, insbesondere auf die Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen, konzentrieren und durch die Tarifvertragsparteien gestaltbar sein.

*Der DGB fordert zur Finanzierung der beschäftigungspolitischen Maßnahmen:*

- Krisenbedingte Steuer- und Beitragsausfälle sowie der Zuschußbedarf der Bundesanstalt für Arbeit müssen durch höhere Nettokreditaufnahme gedeckt werden.

- Ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 60 000/120 000 DM (Alleinstehende/Verheiratete) ist eine Ergänzungsabgabe in Höhe von 6% der Steuerschuld einzuführen.
- Zur Finanzierung der Bundesanstalt für Arbeit ist ein Arbeitsmarktbeitrag einzuführen, der von allen Erwerbstätigen entsprechend der Höhe ihres Einkommens zu entrichten ist. Der auf die Arbeitnehmer entfallende Betrag ist zur Hälfte von den Arbeitgebern zu tragen.
- Globale Steuergeschenke für Unternehmer sind zu unterlassen, denn sie führen nicht zu mehr Investitionen.
- Auf allgemeine Steuersenkungen ist zu verzichten. Sie verringern die Möglichkeiten des Staates, Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu finanzieren.
- Weitere Finanzierungsquellen für beschäftigungssichernde Ausgaben müssen durch Umschichtungen innerhalb der öffentlichen Haushalte erschlossen werden. Hierbei ist auch der Verteidigungshaushalt einzubeziehen.
- Zusätzliche Finanzierungsquellen müssen schließlich durch verstärkte Bemühungen um mehr Steuergerechtigkeit geschaffen werden. Dazu gehören die weitere Einschränkung überhöhter Verlustzuweisungen durch Abschreibungsgeschäfte, die energische Beitreibung von Steuerrückständen, eine entschlossene Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Subventionsschwindel und die unverzügliche Verabschiedung des vorliegenden Entwurfes für ein zweites Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität.

## Prüfstein 2: Demokratisierung der Wirtschaft

Zum Schutz der elementaren Arbeitnehmerinteressen und zur sozialen Fortentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft sind gerade in einer Phase verstärkten technologischen Wandels die Sicherung der Tarifautonomie und der Ausbau der Mitbestimmung unerlässlich. Die Freiheit zum Abschluß von

Tarifverträgen für die Sicherung und Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeitnehmer ist zu sichern, den Tendenzen, Lohnleitlinien einzuführen, ist Einhalt zu gebieten. Eine wirksame Mitbestimmung der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz, in Betrieben und Verwaltungen, in privaten und öffentlich-rechtlichen Unternehmen sowie in der Gesamtwirtschaft muß die politische Demokratie ergänzen. Sie kann eine auf die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung zielende Politik wirksam unterstützen.

### *Der DGB fordert zur Tarifautonomie:*

- Angriffe auf die Tarifautonomie sind abzuwehren. Dazu gehört auch der Kampf gegen die Aussperrung mit dem Ziel ihres generellen Verbots.
- Das Streikrecht darf nicht auf kaltem Wege unterlaufen werden können. Der Einsatz von Beamten auf bestreikten Arbeitsplätzen der Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes wird abgelehnt.

### *Der DGB fordert zum Arbeits- und Dienstrecht:*

- Für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ist ein nach einheitlichen Grundsätzen gestaltetes Personalrecht zu schaffen. Dies darf nicht mehr nach den herkömmlichen Beschäftigungsgruppen in Angestellte, Arbeiter und Beamte unterscheiden.

### *Der DGB fordert zur Mitbestimmung:*

- Betriebs- und Personalräte müssen bei allen wirtschaftlichen, sozialen und personellen Entscheidungen - einschließlich der Personalplanung, der Organisation, des Datenschutzes und der Personalinformationssysteme - ein Mitbestimmungsrecht erhalten.
- Eine bessere soziale Kontrolle der technologischen Entwicklung erfordert die Erweiterung der Rechte der Gewerkschaften in Betrieben, Verwaltungen und Unter-

nehmen. Die Möglichkeiten für eine tarifvertragliche Ausgestaltung der Mitbestimmung sind zu verbessern.

- Sonderrechte für leitende Angestellte sind nicht gerechtfertigt. Versuche, Sprecher-ausschüsse für leitende Angestellte in der Betriebsverfassung zu verankern, müssen abgewehrt werden.
- Die Montanmitbestimmung ist durch eine Ausweitung auf die gesamte Wirtschaft dauerhaft zu sichern. Alle Großunternehmen müssen deshalb paritätisch besetzte Aufsichtsorgane und Arbeitsdirektoren entsprechend dem Gesetzentwurf des DGB vom Oktober 1982 erhalten. Die Möglichkeiten zur Aushöhlung der Mitbestimmung durch autonome Beschlüsse der Anteilseigner sind zu unterbinden.
- Auch öffentlich-rechtliche Großunternehmen müssen paritätisch besetzte Aufsichtsorgane und Arbeitsdirektoren erhalten, wobei die Verantwortung der parlamentarischen Körperschaften zu wahren ist.
- Die Publizitätspflicht für Unternehmen ist mit dem Ziel einer verstärkten Kontrolle wirtschaftlicher Macht neu zu ordnen. Das Bilanzrichtliniengesetz ist unverzüglich zu verabschieden.
- Die Mitbestimmung im gesamtwirtschaftlichen Bereich ist zu verwirklichen. Dazu sind in Bund und Ländern sowie auf regionaler Ebene paritätisch besetzte Wirtschafts- und Sozialräte zu errichten.
- Die paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Handwerkskammern muß eingeführt, die Wahlordnung noch vor den Handwerkskammerwahlen 1984 reformiert werden.

### Prüfstein 3: Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit

Die Wirtschafts- und Beschäftigungskrise verursacht zunehmende Finanzierungsschwierigkeiten bei den Systemen der sozialen Sicherung. Deshalb müssen ihre Grundlagen durch eine aktive Beschäftigungspolitik gesichert werden.

Die Systeme der sozialen Sicherung müssen mit dem Ziel umstrukturiert werden, das Erreichte zu sichern und die strukturellen Probleme der einzelnen Bereiche zu lösen. Die zukünftige Sozialpolitik muß mehr auf Vorbeugung im Gesundheitswesen, größere Verteilungsgerechtigkeit und größere Effektivität ausgerichtet werden.

Die Sozialpolitik darf sich nicht auf die Anpassung der Ausgaben an sinkende Einnahmen beschränken. Die Finanzprobleme des Staates und der Sozialversicherungsträger dürfen nicht als der willkommene Vorwand zur Demontage der Systeme der sozialen Sicherung und zur Umverteilung von unten nach oben dienen.

### *Der DGB fordert im Bereich der Altersversorgung:*

- Die Altersversorgung muß ausreichen, den erreichten Lebensstandard zu sichern. Die bruttolohnbezogene Rente muß — bei Beachtung einer gleichgewichtigen Entwicklung der Einkommen zwischen Arbeitnehmern und Rentnern — erhalten bleiben.
- Die Grundlagen für die Leistungen sowie für das Aufbringen der Mittel in den verschiedenen Altersversorgungssystemen sind fortschrittlich zu harmonisieren.
- Die Rentenansprüche dürfen bei einer vorzeitigen Minderung der Erwerbsfähigkeit nicht beeinträchtigt werden.
- Der eigenständige Renten- bzw. Pensionsanspruch der Frau muß ausgebaut werden.
- Bei der Bemessung des Rentenanspruchs sind Zeiten der Kindererziehung und Pflege von pflegebedürftigen Angehörigen angemessen zu berücksichtigen.
- Das Rentenrecht für Hinterbliebene ist neu zu ordnen. Die Rentenleistungen müssen ausreichen, um den gemeinsam erreichten Lebensstandard auch für den hinterbliebenen Ehepartner zu sichern.

*Der DGB fordert im Bereich der  
Gesundheitssicherung:*

- Die Arbeitnehmer müssen vor arbeitsbedingten Krankheits- und Unfallgefahren geschützt werden. Alle arbeitsbedingten Erkrankungen sind in die gesetzliche Unfallversicherung einzubeziehen. Häufigkeit und Schwere von derartigen Erkrankungen und Unfällen sind zu veröffentlichen und betriebsübergreifend auszuwerten. Die Ursachenforschung ist zu verstärken.
- Die Gesundheitsvorsorge und die Maßnahmen zur Krankheitsfrüherkennung sind auszuweiten.
- Die beschlossenen Selbstbeteiligungsregelungen - vor allem bei Krankenhausbehandlungen, Kur- und Rehabilitationsmaßnahmen - sind wieder abzuschaffen.
- Die Versicherungspflichtgrenze der Krankenversicherung ist zu beseitigen.
- Für gemeinsame Aufgaben der Sozialversicherung sind Arbeitsgemeinschaften zu schaffen. Für Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung ist ein gemeinsamer und unabhängiger sozialärztlicher Dienst einzurichten.

*Der DGB fordert im Bereich der  
Familienförderung:*

- Das Mutterschutzgesetz muß verbessert werden.
- Nach Ablauf des Mutterschaftsurlaubes soll ein Elternurlaub zur Erziehung des Kindes in den ersten drei Lebensjahren - unter Aufrechterhaltung des Arbeitsverhältnisses - gewährt werden.
- Die Kindergeldregelung muß darauf abzielen, allen Kindern die gleichen Entwicklungs- und Entfaltungschancen zu gewährleisten. Steuerliche Kinderfreibeträge und das sogenannte Familiensplitting, die höhere Einkommen stärker begünstigen, sind abzulehnen.
- Die Streichung der Ausbildungsförderung für Schüler und die Umstellung der Ausbildungsförderung für Studenten auf Darlehen sind zurückzunehmen.

*Der DGB fordert im Bereich des  
sozialen Miet- und Bodenrechts:*

- Menschenwürdiges und gesichertes Wohnen darf nicht durch Überleitung der gesamten Wohnungswirtschaft in das System der sogenannten freien Marktwirtschaft gefährdet werden.
- Staffelmieten im Wohnungsbestand, die Aushöhlung des Vergleichsmietenprinzips und ähnliche Anstöße zu Mieterhöhungen müssen rückgängig gemacht werden. Der Mieterschutz ist in seiner bewährten Form aufrechtzuerhalten.
- Die soziale Bindung öffentlich geförderter Wohnungen muß bestehen bleiben. Der soziale Wohnungsbau muß stärker und stetiger als bisher gefördert werden und der Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung dienen. Ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien sind dabei angemessen zu berücksichtigen.
- Ein sozial verpflichtetes Bodenrecht muß die Spekulation verhindern. Die Änderung des Grunderwerbsteuersatzes von 7 auf 2 Prozent bei Wegfall der bisherigen Steuerbefreiungen muß rückgängig gemacht werden. Sie begünstigt die Käufer teurer Immobilien.

**Prüfstein 4:  
Frieden und Entspannung**

Die Bürger unseres Landes sorgen sich immer mehr um die Sicherung des Friedens. Sie fühlen sich bedroht durch das anhaltende Wettrüsten sowie durch die Politik der Stärke und Konfrontation, die weltweit immer noch verfolgt wird. Gleichzeitig wachsen mit den steigenden Rüstungsausgaben die wirtschaftlichen und sozialen Belastungen, die vor allem die Arbeitnehmer in allen Teilen der Welt zu tragen haben.

Die Sicherung des Friedens muß das vorrangige Ziel der internationalen Politik sein. Denn Frieden ist die elementare Voraussetzung für den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt und für die Schaffung einer menschenwürdigen Welt.

Deshalb verurteilt der DGB jede Art von Aggression und unterstützt eine Politik der Verständigung und Zusammenarbeit zwischen den Staaten. Er setzt sich ein für die Verringerung der weltwirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern und für den Aufbau demokratischer Institutionen auf internationaler Ebene.

*Der DGB fordert:*

- Das internationale Wettrüsten muß beendet werden.
- Die Bemühungen um eine gleichgewichtige kontrollierte Abrüstung und Truppenreduzierung in Ost und West müssen verstärkt werden.
- Die Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa müssen ernsthaft und zügig fortgesetzt werden. Alle in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Waffen dieser Art müssen abgebaut werden. Es darf keine Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Europa geben.
- Das in der Bundesrepublik gelagerte Giftgas muß abtransportiert oder vernichtet werden.
- Die Politik der Entspannung, Normalisierung und Stabilisierung der Beziehungen zwischen Ost und West muß fortgesetzt werden.
- Die Friedens- und Konfliktforschung ist finanziell zu sichern und auszubauen.
- Das Prüfungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer ist ersatzlos und ohne Diskriminierung der Ersatzdienstleistenden abzuschaffen.
- Die wirtschaftliche, soziale und politische Integration Europas muß vorangetrieben werden.
- Die wirtschaftliche und soziale Förderung der Entwicklungsländer muß verstärkt werden.

## Brief des Vorsitzenden der CDU, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, an den DGB - Vorsitzenden Ernst Breit

Die CDU stimmt mit dem DGB darin überein, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Sicherung der finanziellen Grundlagen unseres sozialen Netzes die wichtigsten innenpolitischen Aufgaben sind.

Die Politik der CDU ist darauf gerichtet, Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen sowie soziale Gerechtigkeit für alle wiederherzustellen. Mit ihrem Dringlichkeitsprogramm hat die Bundesregierung Schritte in dieser Richtung unternommen. Wir wissen: keine Politik kann die gewaltigen Hypotheken der Vergangenheit kurzfristig tilgen. Wir versprechen nichts, was wir nicht halten können. Wir verschieben aber auch nichts auf morgen, was wir heute leisten können. Die Bilanz kann sich sehen lassen: wir haben einen soliden Haushalt vorgelegt, dem Wohnungsbau neue Impulse gegeben und den dort Beschäftigten neue Chancen gegeben, die Rentenversicherung und die Arbeitslosenversicherung vor der Zahlungsunfähigkeit bewahrt. Wir haben ferner - der Forderung in den DGB-Prüfsteinen entsprechend - die Talfahrt bei den öffentlichen Investitionen gestoppt und den Investitionsanteil im Bundeshaushalt erhöht. Auch im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes werden wir Zukunftsinvestitionen eine größere Chance geben, als dies bei der alten Bundesregierung der Fall war. Der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, bei der der DGB „besondere Anstrengungen“ fordert, werden wir uns vorrangig annehmen. Dies gilt für unsere nationalen und unsere europäischen Bemühungen gleichermaßen. Im Bundeshaushalt für 1983 haben wir hierfür über 200 Millionen DM zusätzlich eingestellt. Erste Erfolge unserer Politik

werden sichtbar: die Geldentwertung geht zurück, die Zinsen sinken, die Bauanträge haben sich verdoppelt. Es gilt, diesen von der Bundesregierung beschrittenen Weg konsequent weiterzugehen. Es wäre gerade für Arbeitnehmer verhängnisvoll, wenn zu einer Politik zurückgekehrt würde, die in Massenarbeitslosigkeit, sozialen Abstieg, Firmenzusammenbrüche und zerrüttete Staatsfinanzen geführt hat.

Der DGB will mit seinen Wahlprüfsteinen einen Beitrag zur politischen Willensbildung leisten. Dabei erhebt der DGB den Anspruch, daß „nicht parteipolitische Erwägungen, sondern einzig und allein die Interessen der Arbeitnehmer... Maßstab“ seien. Dieser Anspruch erfordert es, daß der DGB nicht nur zu jeder Wahl Wahlprüfsteine erstellt, sondern die Politik der Parteien - sachlich und objektiv - an seinen Wahlprüfsteinen mißt.

Die CDU bedauert es deshalb, daß nach 13 Jahren SPD-geführter Bundesregierung der DGB mit Blick auf die Prüfsteine von 1972, 1976 und 1980 bislang keine kritische Bilanz der SPD-Politik über „versprochen und nicht gehalten“ vorgelegt hat. Dies wäre eine wichtige Entscheidungshilfe für die Arbeitnehmer gewesen. Den Arbeitnehmern ist nämlich nicht mit Versprechen gedient, sondern nur mit einer arbeitnehmerorientierten Politik, die Arbeitsplätze schafft und sichert.

Die CDU teilt die Auffassung des DGB, daß „die Lasten der Wirtschaftskrise sozial gerecht verteilt werden müssen.“ Die CDU wird sich, was die soziale Ausgewogenheit angeht, von niemandem übertreffen lassen. Im Gegensatz zur SPD haben wir z. B. beim Kindergeld Einkommensgrenzen eingeführt. Wir haben dadurch sichergestellt, daß nur Besserverdienende Kürzungen beim Kindergeld hinnehmen müssen. Kein Arbeiter, kein Facharbeiter, kein kleiner und mittlerer Angestellter und Beamter bekommt sein Kindergeld auch nur um einen Pfennig gekürzt. Demgegenüber hat die SPD die Witwen und

den Arbeiter genauso belastet wie den Generaldirektor. Mit dieser unsozialen Politik haben wir Schluß gemacht.

Aus sozialen Gründen wollen wir auch die Rückzahlbarkeit der Investitionshilfe-Abgabe wieder aufheben. Die SPD war in ihrer Regierungszeit zu einer solchen Maßnahme nicht imstande.

Übereinstimmung zwischen DGB und CDU besteht auch in den Zielen, Subventionsmißbrauch, Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung zu bekämpfen.

Nach einem über zehnjährigen Stillstand in der Vermögenspolitik wird die Bundesregierung in der neuen Legislaturperiode unverzüglich einen Gesetzentwurf zur Förderung der Vermögensbildung vorlegen. Dadurch kommen wir auch der Forderung des DGB nach einem „durch die Tarifvertragsparteien gestaltbaren“ gesetzlichen Rahmen für die Vermögensbildung der Arbeitnehmer nach. Die Aussagen des DGB zur Rentenpolitik stimmen mit den Zielen der Union voll überein.

Über die Gemeinsamkeiten zwischen DGB und CDU hinaus muß aber auch auf Widersprüche in den Wahlprüfsteinen des DGB hingewiesen werden. Eine Reihe von Forderungen des DGB sind mit hohen Kosten verbunden. Sie sind nicht zu vereinbaren mit den vom DGB selber als wichtigste innenpolitische Aufgaben genannten Zielen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Festigung der finanziellen Grundlagen unserer sozialen Sicherung. Die CDU wird konsequent am Prinzip festhalten, nicht mehr zu versprechen als sie halten kann. Die sichtbar werdenden wirtschafts- und sozialpolitischen Erfolge dürfen nicht gefährdet werden; das wachsende Vertrauen der Menschen, daß es in Deutschland wirtschaftlich und damit auch für die Beschäftigung wieder aufwärts geht, darf nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Wir wollen die konstruktive Zusammen-

arbeit mit dem DGB. Der Dialog ist besonders dort notwendig, wo Meinungsverschiedenheiten bestehen. Zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zur Festigung der finanziellen Grundlagen unseres sozialen Netzes müssen von den Bürgern Einschränkungen verlangt werden. Diese großen Aufgaben können Regierung und Parlament nicht ohne die Mitarbeit der Verbände bewältigen. Wir fordern den DGB auf, im Interesse aller Arbeitnehmer und des Gemeinwohls mit der Regierung zusammenzuarbeiten. An unserer Bereitschaft dazu wird es nicht fehlen.

Mit dem DGB stimmen wir auch überein, daß „die Sicherung des Friedens... das vorrangige Ziel der internationalen Politik sein“ muß. Unions-Außenpolitik war vom ersten Tag an Friedenspolitik. Wir wollen Frieden und Freiheit. Dabei wissen wir: Frieden und Freiheit können wir in Europa und in der Welt nur gemeinsam mit unseren Freunden im westlichen Bündnis erhalten. Ebenso wie der DGB wollen wir Entspannung und Abrüstung. Wir wollen Frieden schaffen mit weniger Waffen. Unser wichtigstes aktuelles außenpolitisches Ziel ist die allseitige Begrenzung und Verringerung der Rüstung und ihr Gleichgewicht auf einem möglichst niedrigen Niveau - unter der Voraussetzung unverminderter Sicherheit.

[...]

## Stellungnahme des SPD-Präsidiums zu den Wahlprüfsteinen des DGB

Wir Sozialdemokraten begrüßen, daß der DGB zu dieser Bundestagswahl wieder Prüfsteine formuliert hat. Denn im Kern geht es bei dieser Wahl um die Rechte, Errungenschaften und Interessen der deutschen Arbeitnehmer. Mit vollem Recht hat der DGB ja die Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl „unsozial und beschäftigungspolitisch verfehlt“ genannt. In der Tat:

Jetzt, da der Wähler endlich das Recht erhält, sein Urteil über die Bonner Vorgänge zu sprechen, müssen gerade die organisierten Arbeitnehmer genau prüfen können, wer ihre Sache vertritt. Diese Wahl ist eine Abstimmung über die von der Rechtskoalition eingeleitete Politik: eine Politik zu Lasten der kleinen und mittleren Einkommensbezieher, durch die Arbeitslosigkeit nicht abgebaut, sondern verstärkt wird; eine Politik, die Umverteilung von unten nach oben betreibt und somit unmittelbar gegen die Arbeitnehmer gerichtet ist; eine Politik, die Rechte und Einfluß der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften direkt oder indirekt bekämpft; und eine Politik, die den Friedenswillen gerade der deutschen Arbeitnehmer nicht klar politisch vertritt.

Wir teilen die Grundaussagen des DGB. Das ist nicht zufällig, und es ist für uns ein wichtiger Maßstab der eigenen Vergewisserung. Gewerkschaften und Sozialdemokratie sind seit mehr als einem Jahrhundert Verbündete im Kampf für Arbeitnehmerrechte. Und die Unterstützung durch die organisierte Arbeitnehmerschaft ist und bleibt die stärkste Quelle unserer politischen Kraft. Dabei verwischen wir nicht, daß wir bei manchen Einzelpunkten vorsichtiger formulieren. Unser Regierungsprogramm benennt, was in der kommenden Wahlperiode machbar ist, wenn Hans-Jochen Vogel den Wählerauftrag erhält. Wir hatten streng darauf zu achten, daß keine Versprechung enthalten ist, die wir aus eigenem Verschulden würden brechen müssen.

[...]

### Prüfstein 1: Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Wir teilen die Meinung, daß Massenarbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise zu einer Bedrohung unserer gesellschaftlichen Ordnung geworden sind, und daß alle Erfahrungen zeigen, daß konservative Rezepte - insbesondere überzogene Sparbeschlüsse - die Krise nur verschärfen.

Wir teilen die Forderung nach einer gezielten Beschleunigung des qualitativen Wachstums (wir sprechen von gezieltem Wachstum). Wir teilen die Forderung nach dem Programm für Zukunftsinvestitionen: Die SPD-Bundestagsfraktion hat am 22. November 1982 einen „Beschäftigungshaushalt 1983 - 85“ vorgelegt, der in den nächsten drei Jahren ein zusätzliches Investitionsvolumen von 30 Milliarden DM mobilisieren soll. Er sieht die gleichen vorrangigen Investitionsbereiche vor wie der DGB: Energieeinsparung, Wohnungsbau und Wohnungsmodernisierung, Umweltschutz, Strukturmaßnahmen.

Wir teilen die Forderung nach einer aktiven und vorausschauenden Arbeitsmarktpolitik. Wir treten ein für eine deutliche Verbesserung der beruflichen Bildung, für Bildungsurlaub, sowie für verstärkten Einsatz und Intensivierung arbeitsmarktpolitischer Instrumente für Fortbildungsmaßnahmen, Integrationshilfen und - wo nötig - Umschulung.

Wir fordern darüber hinaus eine arbeitsmarktpolitische Offensive im Bereich der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die - in Übereinstimmung mit dem Beschäftigungshaushalt - in der ersten Stufe 100000 Arbeitslose in Arbeit bringen soll.

Wir teilen die Forderung nach verstärkter sozialer Beherrschung des technischen Wandels. Unsere Gesellschaft muß mehr als bisher demokratisch und politisch entscheiden können, was wachsen soll und was wir technisch haben wollen. Wir teilen die Meinung, daß dies insbesondere für die neuen Kommunikationstechniken gilt. Wir teilen die Forderung, daß das Forschungsprogramm Humanisierung der Arbeit erhalten und ausgebaut werden muß.

**Arbeitszeitverkürzung:** Die SPD hat hierzu bereits im vorigen Jahr konkrete Forderungen beschlossen und damit die Initiativen einzelner Gewerkschaften aufgegriffen. Mit dem DGB fordern wir den tarifpoliti-

schen Einstieg in die Verkürzung der Wochenarbeitszeit in Richtung auf die 35-Stunden-Woche. Wir wissen dabei freilich, daß eine deutliche Verkürzung der Wochenarbeitszeit auch über einen geringeren Lohnanstieg finanziert werden muß. Die Belastung unterer Einkommensgruppen kann dabei durch besondere Regelungen gemildert werden.

Die Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze bleibt das Ziel sozialdemokratischer Politik. Sie ist jedoch nur finanzierbar, wenn den Arbeitnehmern ein höherer Rentenversicherungsbeitrag auferlegt wird; ob ihnen dies zugemutet werden kann, bedarf angesichts der zu erwartenden Einkommensentwicklung einer Prüfung im politischen Dialog mit den Betroffenen. Hierbei bitten wir die Gewerkschaften um ihre Hilfe. - Eine Herabsetzung der Altersgrenze mit versicherungsmathematischen Abschlägen lehnen wir gemeinsam mit dem DGB ab: Eine Rentenkürzung von rund 30% könnte von den meisten Arbeitnehmern nicht verkraftet werden.

Wir teilen die Forderung nach Ersetzung der Arbeitszeitordnung. Wir haben bereits im vorigen Jahr den Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes im Bundestag eingebracht, das eine neue Regelarbeitszeit von 40 Wochenstunden festlegt und die Zahl der Überstunden begrenzt. Er wurde von der Übergangsregierung abgelehnt.

Gemeinsam mit dem DGB halten wir Initiativen zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer - und nicht nur, wie bisher, der Spitzenverdiener durch steuerliche Entlastung — für sinnvoll. Sie müssen sich auf die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen konzentrieren und durch die Tarifvertragsparteien gestaltbar sein.

**Finanzierung:** Wir halten die maßvollen finanzpolitischen Konsolidierungsleistungen der Regierung Helmut Schmidt nach wie vor für richtig, und wir halten es ebenso wie der DGB für wirtschaftlich vernünftiger und

sozial gerechter, wenn der Staat Kredite aufnimmt, um Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen, als wenn er es tut, um ihre Arbeitslosenunterstützung zu finanzieren. Wir teilen die Forderung nach einer Ergänzungsabgabe für die Besserverdienenden; im Finanzierungsplan für unseren Beschäftigungshaushalt haben wir zusätzlich den Verzicht auf die geplante Wiedereinführung ungerechter Kinderfreibeträge, die die höheren Einkommen begünstigen, vorgesehen, sowie eine Begrenzung der Vorteile aus dem Ehegattensplitting bei sehr gut Verdienenden. Wir teilen die Meinung des DGB, daß eine investitionsorientierte Umschichtung innerhalb der öffentlichen Haushalte angestrebt werden muß, daß allgemeine Steuersenkungen derzeit nicht angezeigt sind, daß globale Steuererlässe für Unternehmer nicht der richtige Weg sind. Wir teilen die Meinung, daß der Mißbrauch von Steuervorteilen durch Abschreibungsgesellschaften zu unterbinden ist; hier haben wir die Vorschläge der nordrhein-westfälischen Landesregierung für mehr Steuergerechtigkeit übernommen. Wir werden die notwendigen Vorkehrungen dagegen treffen, daß dem Staat durch Steuerhinterziehungen weiter Milliarden verloren gehen. Wir teilen die Forderung des DGB nach unverzüglicher Verabschiedung des 1982 von Justizminister Schmude vorgelegten 2. Gesetzes zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität. Zusätzlich werden wir uns für ein generelles Verbot der Leiharbeit einsetzen.

#### Prüfstein 2: Demokratisierung der Wirtschaft

Zur Tarifautonomie: Die SPD wird weiter ihren entschlossenen Beitrag leisten, um alle versteckten oder offenen Angriffe auf die Tarifautonomie abzuwehren. Die SPD lehnt Lohnleitlinien ab. Sie will, wie die Gewerkschaften, eine Ächtung der Aussperrung erreichen.

Das Streikrecht muß ungeschmälert erhalten bleiben. Die Tarifvertragsparteien sollten eine Vereinbarung zur Aufrechter-

haltung lebensnotwendiger Funktionen und Dienstleistungen im öffentlichen Bereich abschließen. Nach Abschluß einer solchen Vereinbarung dürfen Beamte auf bestreikten Arbeitsplätzen nicht eingesetzt werden.

Einheitliches Personalrecht: Die Reformbemühungen des vergangenen Jahrzehnts haben gezeigt, daß der historische Prozeß der Dreiteilung des öffentlichen Dienstes nicht ohne weiteres aufhebbar ist. Sozialdemokraten halten jedoch an dem Ziel einer Reform des öffentlichen Dienstrechts fest, in der die Beschäftigungsverhältnisse funktionsgerecht differenziert, aber nach einheitlichen Grundsätzen gestaltet werden.

Mitbestimmung: Wir treten für die Verwirklichung der vollen paritätischen Mitbestimmung nach dem Modell der Montanmitbestimmung ein. Die bereits bestehende Mitbestimmung in der Montanindustrie werden wir auf Dauer sichern.

Darüber hinaus werden wir auch die Mitbestimmung in Betrieben und Behörden ausbauen, vor allem bei Fragen der Arbeitsplatzgestaltung, der technischen und sozialen Betriebsorganisation. Die richtigen Instrumente hierfür sind die Schaffung eines neuen Mitbestimmungsgesetzes und die Weiterentwicklung des Betriebsverfassungsgesetzes, in denen die weiteren Forderungen des DGB in geeigneter Weise zu verankern sind.

Zusätzlich muß die Mitbestimmung auch über die betriebliche Ebene hinaus entwickelt werden.

#### Prüfstein 3: Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit

Im Bereich der Altersversorgung orientieren wir uns an folgenden Leitlinien:

- Es ist ein neuer dauerhafter Ausgleich zwischen den Generationen anzustreben, der ein ständiges Hin- und Herrangieren zwischen den Sozialsystemen und dem Bundeshaushalt beendet. Ohne eine Har-

monisierung der Alterssicherungssysteme kann in der Tat die Generationensolidarität nicht erhalten werden. - Entsprechend dem Lohnersatzprinzip ist ein angemessenes und dauerhaft finanzierbares Verhältnis der Rente zu dem im Arbeitsleben erworbenen Lebensstandard zu sichern. Ausgehend von diesem Rentenniveau müssen sich die Zuwächse der Renten und die verfügbaren Arbeitnehmereinkommen parallel entwickeln. Wir setzen uns dafür ein, daß die Kindererziehung bei der Rentenberechnung berücksichtigt wird. Allerdings ist noch nicht abzusehen, ob und wann ausreichende Steuermittel für die volle Verwirklichung des Kindererziehungsjahres für alle Frauengenerationen zur Verfügung stehen. Wir werden nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeiten dafür eintreten, daß zunächst Unterbrechungen des Versicherungsverlaufs teilweise ausgeglichen werden, die durch Kindererziehung entstanden sind.

**Gesundheitssicherung:** Die SPD unterstützt die Forderung des DGB nach Ausbau der Gesundheitsvorsorge und der Krankheitsfrüherkennung.

Ungerechte Beitrags- und Leistungsunterschiede zwischen den Krankenkassen müssen beseitigt werden. Wir setzen uns für eine Anhebung der Versicherungspflichtgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung ein.

Wir teilen die Forderung nach Abschaffung der Selbstbeteiligungsregelungen bei Krankenhaus- und Kurbehandlung, ausgenommen für Bagatellarzneimittel. Die Forderung nach Schaffung eines unabhängigen, gemeinsamen sozialärztlichen Dienstes unterstützen wir.

**Familienförderung:** Wir unterstützen hier die Forderungen des DGB. Wir wollen einen Elternurlaub mit Arbeitsplatzsicherung einführen: Mütter und Väter sollen nach der Geburt des Kindes für eine be-

stimmte Zeit ihre Berufstätigkeit unterbrechen oder auf Teilzeitbeschäftigung überwechseln können. Bei der Kindergeldregelung halten wir selbstverständlich an dem von uns durchgesetzten Gesetz aus dem Jahre 1975 fest, das die Kinderfreibeträge durch das einkommensunabhängige Kindergeld ersetzt. Das sogenannte Familiensplitting, das höhere Einkommen stärker begünstigt, lehnen wir strikt ab.

Was die Ausbildungsförderung betrifft, so hat Hans-Jochen Vogel zugesagt, den von der Übergangsregierung vollzogenen Abbau der BAföG-Leistungen innerhalb der ersten 100 Tage seiner Regierungszeit zu korrigieren.

**Miet- und Bodenrecht:** Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird in Übereinstimmung mit den Forderungen des DGB alle von der neuen Koalition herbeigeführten Verschlechterungen des sozialen Mietrechts unverzüglich rückgängig machen.

Wir unterstreichen die Forderung des DGB, die soziale Bindung öffentlich geförderter Wohnungen zu erhalten und den sozialen Wohnungsbau zu stärken.

Was das Bodenrecht betrifft, so werden wir die von der neuen Koalition zurückgenommene Baulandnovelle wieder einbringen und die Grunderwerbssteuer so ändern, daß nicht die Käufer teurer Immobilien begünstigt werden.

#### Prüfstein 4: Frieden und Entspannung

Die SPD kann hier alle Forderungen des DGB nicht nur akzeptieren; sie trägt sie aus eigener Überzeugung.

Stellungnahme des  
F.D.P. -Vorsitzenden,  
Hans-Dietrich Genscher,  
und des Vorsitzenden der  
F.D.P. -Bundestagsfraktion,  
Wolfgang Mischnick

Prüfstein 1

Zu „*Kampf gegen die Arbeitslosigkeit*“:  
Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, vor  
allem der Jugendarbeitslosigkeit, hat für die  
F.D.P. allerhöchste Priorität.

[...]

Die soziale Marktwirtschaft steht  
in einer Bewährungsprobe. Sie wird ihre  
Überlegenheit auch beim Kampf um die  
Überwindung der Beschäftigungskrise bewei-  
sen. Der Staat muß dazu beitragen, indem er  
eine verlässliche und stetige Wirtschaftspoli-  
tik betreibt, die die Rahmenbedingungen für  
die Investitionen verbessert und zu Investi-  
tionen anreizt und indem er die Staatsver-  
schuldung begrenzt, um den Prozeß der Zins-  
senkung durch die Haushaltspolitik zu unter-  
stützen und um das Vertrauen in die  
Solidarität der öffentlichen Finanzen zu stär-  
ken.

Die Liberalen wollen Verantwortungsbe-  
reitschaft und Leistungswillen wiederbele-  
ben, sie wollen den Mut zum Risiko frei-  
setzen, weil sie da, wo andere an Bürokratie  
und an die Wirksamkeit von Organisation  
und Systemen glauben, auf die Menschen  
setzen und ihnen vertrauen.

Zu „*Qualitativem Wachstum*“: Liberale  
Wirtschaftspolitik hält Wirtschaftswachstum  
für notwendig. Nur bei realem Wachstum  
können das Netz der sozialen Sicherung, die  
Erfüllung der staatlichen Aufgaben, die Soli-  
darität mit den Partnern in Europa und die  
Leistungen gegenüber Ländern der Dritten  
Welt gesichert werden, ohne den erreichten  
Lebensstandard der Bürger erheblich zu

schneiden. Nur bei Wachstum kann der  
Strukturwandel in der Wirtschaft und die  
Arbeitslosigkeit ohne sozial unerträgliche  
Auswirkungen bewältigt werden.

Die F.D.P. hat in der Wahlaussage für die  
Bundestagswahl am 6. März die Umstrukturi-  
erung der öffentlichen Ausgaben von der  
konsumtiven Seite hin zur investiven Seite  
gefordert und dazu bereits Beschlüsse gefaßt  
wie z.B. die Verstärkung der Investitionsan-  
reize und der Investitionsfördermittel für den  
sozialen Wohnungsbau. Mit der Verstärkung  
der Förderung einer rationelleren Energie-  
nutzung, des Umweltschutzes und des Aus-  
baus neuer Kommunikationstechniken lei-  
stet der Staat zugleich einen Beitrag zu einem  
auch sozial und ökologisch verantwortbarem  
Wachstum.

Die Mittel für solche öffentlichen Investi-  
tionen und Investitionsanreize müssen durch  
Umschichtungen in den Haushalten erwirt-  
schaftet werden. Die Auflage neuer Kon-  
junkturprogramme oder eines mittelfristigen  
Programms für Zukunftsinvestitionen, finan-  
ziert durch höhere Schulden oder höhere  
Steuern, lehnt die F.D.P. ab.

[...]

Einen Arbeitsmarktbeitrag für alle Er-  
werbstätige lehnt die F.D.P. ab. Die Steuern  
und Abgaben, die von Arbeitnehmern und  
Unternehmern aufzubringen sind, sind schon  
jetzt zu hoch. Aus diesem Grunde hält die  
F.D.P. in der nächsten Legislaturperiode —  
im Gegensatz zum DGB - auch eine allge-  
meine Steuersenkung für erforderlich, um  
die Arbeit für alle lohnender zu machen.

Zu „*Soziale Beherrschung des techni-  
schen Wandels*“: Die neuen Technologien  
können neues Wachstum und neue Arbeits-  
plätze schaffen.

[...]

Für die Europäische Gemeinschaft er-  
rechneten z.B. Experten, daß eine Beherr-

schung der neuen Kommunikations- und Automationstechnologien vier bis fünf Mio. neue Arbeitsplätze in den nächsten acht bis zehn Jahren schaffen können. Allein die Verkabelung in der Bundesrepublik könnte in den nächsten drei Jahren 70-80000 neue Arbeitsplätze schaffen.

Eine starre, administrativ vorgeschriebene Koppelung der Forschungs- und Technologiepolitik an die gleichzeitige Verbesserung der Arbeitsbedingungen wird von der F.D.P. abgelehnt, weil dies letztlich ein Hemmnis für die Forschungs- und Innovationstätigkeit der Unternehmen wäre und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft Schaden nehmen würde.

Auch die F.D.P. hat sich in der Wahlausage für die Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung in Betrieben, die einen Wirtschaftsausschuß bilden, auf die Einführung neuer Arbeitsmethoden und Fertigungsverfahren ausgesprochen.

*Zu „Vorausschauende Arbeitsmarktpolitik“:* Die F.D.P. hat bereits in den Ende 1981 verabschiedeten „Leitlinien liberaler Politik zur Überwindung der Arbeitslosigkeit“ Vorschläge für eine Verstärkung der Arbeitsmarktpolitik als flankierende Maßnahme zur Erreichung der Vollbeschäftigung gemacht. Die Förderung der beruflichen Bildung, eine Qualifizierungsoffensive, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Eingliederungs- und Mobilitätshilfen müssen zur Entlastung des Arbeitsmarktes und im Sinne einer vorausschauenden Arbeitsmarktpolitik fortgesetzt werden, weil auch bei raschem Wirtschaftswachstum Problemgruppen des Arbeitsmarktes nicht automatisch untergebracht werden können.

[...]

Eine Ausbildungsabgabe lehnt die F.D.P. ab, weil sie ausbildungsfeindlich ist und das Entstehen neuer Ausbildungsplätze geradezu verhindert. Hingegen fordert die F.D.P.

in ihrer Wahlausage, ausbildungshemmende Vorschriften im Jugend- und Frauenarbeitsschutz sowie im Schwerbehindertenrecht (indem z.B. die Zahl der Auszubildenden bei der Berechnung der Pflichtplätze für Schwerbehinderte ausgeklammert wird) abzubauen. Aber auch die arbeitsrechtlichen und gesellschaftlichen Hemmnisse für die Ausbildung von Mädchen in den technisch-gewerblichen Berufen müssen beseitigt werden.

*Zu „Reform des Arbeitszeitrechts und zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit“:* Die F.D.P. hat sich in der Wahlausage für die Verkürzung der Lebensarbeitszeit und den verschiedenen Formen der Teilzeitarbeit ausgesprochen, weil wir der Meinung sind, daß eine Liberalisierung der Arbeitszeit Gelegenheit bietet, mehr Freiheit in die persönliche Lebensplanung einzubringen. Auch sollte älteren Arbeitnehmern früher als jetzt die Möglichkeit gegeben werden, eine Teilzeitarbeit mit entsprechenden Abschlägen zu beziehen und gleichzeitig einer Teilarbeit nachzugehen.

[...]

Die F.D.P. wendet sich gegen die von der SPD mit Hilfe eines Arbeitszeitgesetzes verfolgte Einschränkung der betrieblichen Flexibilität bei der Wochenarbeitszeit und bei Überstunden.

*Zu „Vermögensbildung“:* Auch die F.D.P. spricht sich für eine Verbesserung in der Vermögensbildung aus. Die F.D.P. ist der Ansicht, daß die notwendige Förderung insbesondere der privaten Investitionstätigkeit durch eine effektive Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand flankiert werden muß. Sie fordert daher die Erhöhung des 624-DM-Gesetzes auf 936 DM. Außerdem hat sie als erste Partei einen Gesetzentwurf zur steuerlichen Förderung von Arbeitnehmerdarlehen und stillen Beteiligungen an ihrem Betrieb vorgeschlagen.

[...]

Zu „Finanzierung der beschäftigungspolitischen Maßnahmen“: Höhere Steuern und Abgaben lehnt die F.D.P. ab, weil sie Investitionen erschweren, den Leistungswillen einschränken und die Schattenwirtschaft fördern. Wir halten es für falsch, bei den Bürgern und der Wirtschaft noch mehr Geld zunächst abzuschöpfen, um es in Form von staatlichen Aufträgen und Transferzahlungen wieder auszuzahlen, nachdem ein Teil in der Bürokratie hängengeblieben ist.

[...]

## Prüfstein 2

Die F.D.P. bekennt sich uneingeschränkt zur Tarifautonomie. Die Tarifautonomie ist für die F.D.P. ein Kernstück unserer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Sie muß das Recht einschließen, Tarifkonflikte notfalls mit kollektiven Kampfmaßnahmen auszutragen. Dies setzt das Verhandlungsgleichgewicht von Arbeitnehmern und Arbeitgebern und damit auch die Möglichkeit der Abwehraussperrung im Rahmen der von der Rechtsprechung entwickelten Grundsätze voraus.

Die F.D.P. wendet sich gegen alle Tendenzen, die auf die Beseitigung oder die Aushöhlung des in der Verfassung ausdrücklich genannten Berufsbeamtentums zielen.

Die F.D.P. fordert einen weiteren Ausbau der Mitbestimmung mit dem Ziel einer Stärkung der Rechte des einzelnen Arbeitnehmers und einer Verbesserung des Minderheitenschutzes.

[...]

Eine Ausdehnung der Montan-Mitbestimmung wird abgelehnt. Auch im Bereich der Montan-Mitbestimmung müssen die Rechte der Arbeitnehmer ausgedehnt werden. Vor allem müssen die Wahlverfahren weiter demokratisiert werden.

Die für die Mitbestimmung der Arbeit-

nehmer in der Privatwirtschaft maßgeblichen Grundsätze sind nicht auf öffentlich-rechtliche Einrichtungen übertragbar. Diese haben öffentliche Aufgaben wahrzunehmen. Dabei geht es um die Ausführung bestimmter, von vornherein festgelegter Aufträge, also gerade nicht um das Zusammenwirken von privatem Kapital und Arbeit.

[...]

Eine Mitbestimmung im gesamtwirtschaftlichen Bereich durch paritätisch besetzte Wirtschafts- und Sozialräte stößt auf verfassungsrechtliche Bedenken. Wirtschafts- und Sozialräte schaffen für die Arbeitenden nicht mehr Recht, sondern schnüren die wirtschaftlichen Initiativen ein und gefährden deshalb Arbeitsplätze.

[...]

Die Mitbestimmung in den Handwerkskammern und die Mitbestimmung im Unternehmensbereich sind nicht vergleichbar und können auch nicht gleich geregelt werden. Daher wendet sich die F.D.P. gegen die Einführung der paritätischen Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Handwerkskammern.

## Prüfstein 3

Die Sozialpolitik der F.D.P. soll die Voraussetzungen für eine Zukunft in Frieden und sozialer Sicherheit schaffen. Die Systeme der sozialen Sicherung müssen den dauerhaft veränderten Rahmenbedingungen angepaßt werden. Unmittelbare Eigenleistung und Solidarleistung sind in ein angemessenes Verhältnis zueinander zu setzen, individuelle Entscheidungs- und Verhaltensalternativen sind zu schaffen.

In der Altersversorgung tritt die F.D.P. für Renten- und Beitragsehrlichkeit ein. Sie will verhindern, daß durch weitere Erhöhungen der Sozialbeiträge das Nettoeinkommen der Arbeitnehmer geschmälert wird.

[...]

Im Bereich der Gesundheitssicherung setzt sich die F.D.P. dafür ein, Gesundheitsvorsorge und Arbeitsmedizin zu verbessern und die medizinische und technische Gesundheitsüberwachung am Arbeitsplatz weiter auszubauen. Die F.D.P. unterstützt die Forderung des DGB nach mehr Vorbeugung im Gesundheitswesen.

[...]

Zur Familienförderung fordert die F.D.P. in ihrer Wahlaussage 1983, Vätern und Adoptiveltern das Recht auf Elternurlaub einzuräumen. Die F.D.P. steht für eine Politik, die darauf abzielt, allen Kindern gleiche Entwicklungs- und Entfaltungschancen zu gewährleisten.

Beim Kindergeld haben wir trotz der schwierigen Finanzlage keine pauschale Kürzung vorgenommen, sondern gerade Eltern mit höherem Einkommen nur ein geringeres Kindergeld zugestanden.

[...]

Die individuelle Ausbildungsförderung für Schüler, Berufsschüler und Studenten ist in ihrer Substanz zu sichern. Auch künftig müssen Bildungschancen nach Eignung und Leistung der jungen Menschen und nicht nach der finanziellen Situation ihrer Eltern verteilt werden. Aus diesem Grund wird die F.D.P. erneut darauf hinwirken, daß eine Neuregelung des Schüler-BAFöG nicht zu einer Beeinträchtigung der Chancengleichheit führt. Die Ausbildungsförderung ist in einem Gesamtkonzept unter Berücksichtigung des Familienlastenausgleichs umgehend neu zu ordnen. Mißbrauchstatbestände müssen dabei ausgeschlossen werden. Die Umstellung des Studenten-BAFöG auf Dahrlehensbasis ist beizubehalten.

[...]

Der Gedanke der Selbstvorsorge ist auch durch Einbeziehung des Bildungssparens in die staatliche Förderung zu stärken.

Eine angemessene Wohnung in einem menschenwürdigen Wohnumfeld ist ein wesentlicher Bestandteil der Existenzgrundlage des Menschen und damit Voraussetzung jeder freiheitlichen Persönlichkeitsentwicklung. Auch für das „besondere Gut“ Wohnung gilt für die F.D.P. das marktwirtschaftliche Ordnungsprinzip von Angebot und Nachfrage. Es ist am ehesten geeignet, dezentrale Investitionsentscheidungen zu gewährleisten, Wettbewerbsverzerrungen auszuschalten und die notwendige allgemeine Bedarfsdeckung herbeizuführen. Wir wollen daher im Laufe der nächsten Jahre alle Rahmenbedingungen für einen sozialverpflichteten freien Wohnungsmarkt schaffen und die staatlichen Mittel darauf konzentrieren, den sozial Benachteiligten zu helfen, die im Marktgeschehen überfordert sind.

[...]

Die soziale Bindung öffentlich geförderter Wohnungen ist durch die bestehenden Preis- und Belegungsbindungen für Sozialwohnungen gewährleistet. Zur verstärkten Förderung des sozialen Wohnungsbaus hat die neue Regierung aus CDU/CSU und F.D.P. außerdem kurzfristig die Mittel um 2 Milliarden DM aufgestockt, die vorwiegend in die Großstädte und Ballungsräume fließen sollen.

[...]

#### Prüfstein 4

Der Frieden ist die unabdingbare Voraussetzung für ein Leben in Freiheit und Menschenwürde. Für Liberale ist Friedenspolitik grundsätzlich Konfliktlösung in gewaltfreier Auseinandersetzung.

Weil ein Rüstungswettlauf zwischen Ost und West den Frieden gefährden würde, wird die F.D.P. alles daran setzen, daß die 80er Jahre zu einem Jahrzehnt der Abrüstung werden.

Die feste Verankerung im westlichen

Bündnis, das Ziel der Europäischen Union, der Wille zur Rüstungskontrolle, Abrüstung, Zusammenarbeit und Entspannung und die Unterstützung echter Blockfreiheit für die Länder der Dritten Welt sind wesentliche Elemente liberaler Friedenspolitik.

[...]

Das enge Bündnis mit unseren europäischen und nordamerikanischen Partnern soll den Frieden in Europa langfristig durch blockübergreifende Zusammenarbeit, schrittweise gesamteuropäische Sicherheitsvereinbarungen im Rahmen der KSZE bei ausgewogenen Abrüstungsmaßnahmen und schließlich durch eine dauerhafte Friedensordnung sichern. Das bedeutet für unsere zukünftige Politik:

1. Weltweite Einhaltung des umfassenden Gewaltverzichtsgebotes, wie es in der Charta der Vereinten Nationen und in der KSZE-Schlußakte von Helsinki verankert ist.
2. Beiderseitiger Verzicht auf atomare Mittelstreckenraketen als Ergebnis einer Vereinbarung zwischen USA und Sowjetunion. Auf USA und Sowjetunion soll eingewirkt werden, zügig, ernsthaft und mit der Bereitschaft zu Teilkompromissen zu verhandeln. Die F.D.P. wird den konkreten Nachrüstungsbedarf auf einem Bundesparteitag im Lichte der bis dahin erreichten konkreten Verhandlungsergebnisse prüfen, wie das im NATO-

Doppelbeschluß vorgesehen ist; und sie fordert die sofortige Bekanntgabe möglicher Stationierungsorte.

3. Verzicht auf die Stationierung von Neutronenwaffen in Ost und West.
4. Baldige Ratifizierung des Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes von biologischen Waffen durch alle Staaten.
5. Ein weltweites Abkommen zur Ächtung der Entwicklung, der Produktion und der Lagerung von chemischen Kampfstoffen.
6. Abschluß einer MBFR-Vereinbarung; Einsetzung einer Konferenz über Abrüstung in Europa (KAE); Herstellung eines konventionellen Gleichgewichts auf möglichst niedrigem Niveau in ganz Europa und danach Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in ganz Europa. Langfristiges Ziel der Friedenspolitik muß die weltweite Abschaffung und Ächtung aller Kriegswaffen sein.
7. Eine internationale Vereinbarung zur Beschränkung des Handels mit Rüstungsgütern, u. a. mit der Einführung eines Registers über grenzüberschreitenden staatlichen und privaten Rüstungshandel bei den Vereinten Nationen, ist anzustreben.

[...]